

Ressort: Politik

NRW-Ministerpräsident stellt EU-Zahlungen an Palästinenser infrage

Düsseldorf, 03.09.2018, 00:00 Uhr

GDN - Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) stellt die EU-Zahlungen an die Palästinenser infrage. "Die EU muss genau überprüfen, wie das Geld eingesetzt wird und ob wir sicher sein können, dass nicht die Hamas und andere gewalttätige, extremistische Organisationen davon profitieren", sagte Laschet der "Bild".

Dieser Prüfungsprozess sei nötig. Laschet wird am Dienstag Israel besuchen und dabei auch über die Ereignisse in Chemnitz sprechen. "In Israel wird es mit großer Sorge aufgenommen, wenn in Deutschland auf der Straße wieder der Hitlergruß gezeigt wird", sagte Laschet der "Bild" weiter. "Ich werde erklären, dass wir mit aller Härte und allen Möglichkeiten des Strafrechts gegen jeden vorgehen, der in dieser Weise rechtsradikal agiert. Ich werde aber auch erklären, dass die Erschütterung auch in der deutschen Bevölkerung groß ist. Wir brauchen eine starke Zivilgesellschaft und starke Institutionen zum Kampf gegen Extremismus. Nordrhein-Westfalen wird jedenfalls sehr bald einen eigenen Antisemitismusbeauftragten berufen. Dies ist ein parteiübergreifender Wunsch." Seine Botschaft an Juden in Deutschland lautet: "Wir stehen an eurer Seite. Wir dulden Rechtsradikalismus und Antisemitismus nicht, weder den von Rechts, der schon immer da war, noch denjenigen, der durch manche Einwanderergruppen zu uns gekommen ist." Hart geht Laschet zudem mit rechtsradikalen Ausschreitungen in Chemnitz ins Gericht. "In Chemnitz gab es ein schreckliches Tötungsdelikt - aber die Bilder grölender Rechtsradikaler haben nichts mit Trauer zu tun. Der Vorfall wurde ausgenutzt, um Radikalismus in Windeseile offen auf die Straße zu tragen. Das ist beschämend und bedrohlich." Seine Konsequenz aus den Vorkommnissen: "Ich habe nach all der Hetze - gerade auch im Internet - für mich entschieden: Bei Extremisten ist Schluss mit dem Gerede von besorgten Bürger und mitfühlendem Verständnis. Mit dem, der den Hitlergruß zeigt oder Menschen jagt, führt man keinen Dialog. Gegen diese Leute ist klare Kante und Entschlossenheit angesagt, in Worten und Taten."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-111279/nrw-ministerpraesident-stellt-eu-zahlungen-an-palaestinenser-infrage.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619